

**Hauptausschuß**

**Protokoll**

74. Sitzung (nicht öffentlich)

24. November 1994

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 11.50 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Grätz (SPD)

Stenograph: Hezel

**Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalens über das Haushaltsjahr 1995 (Haushaltsgesetz 1995)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/7500

in Verbindung damit:

**Ergänzung der Landesregierung**

**hier:** Änderungen und Ergänzungen des Entwurfs des Haushaltsgesetzes und des Entwurfs des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1995

Drucksache 11/7970  
Einzelpläne 09, 01 und 02

Hauptausschuß  
74. Sitzung

24.11.1994  
hz-lg

Seite

**Einzelplan 09 - Geschäftsbereich des Ministeriums für Bundesangelegenheiten**

Vorlage 11/3234

2

Der Hauptausschuß beschließt den Einzelplan unter Einbeziehung der Ergänzung in der Fassung des Entwurfs mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (siehe Vorlage 11/3428).

Berichterstatteerin: Abgeordnete Fischer (SPD)

**Einzelplan 01 - Landtag**

2

Der Landtagsetat wird vom Hauptausschuß in der Fassung des Entwurfs unter Einbeziehung der Ergänzung nach Maßgabe der in Vorlage 11/3401 zusammengefaßten Änderungen mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gebilligt.

Berichterstatteerin: Abgeordnete Fischer (SPD)

**Einzelplan 02 - Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei**

Vorlagen 11/3222, 11/3275, 11/3350 und 11/3352  
Zuschriften 11/3520 und 11/3548

3

Der Hauptausschuß beschließt Einzelplan 02 entsprechend dem Haushaltsentwurf unter Einbeziehung der Ergänzung nach Maßgabe der in Vorlage 11/3403 enthaltenen Änderungen mit

Hauptausschuß  
74. Sitzung

24.11.1994  
hz-Ig

Seite

den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Berichterstatlerin: Abgeordnete Hieronymi (CDU)

**2 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage (Feiertagsgesetz NW)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/7826

8

Der Hauptausschuß beschließt den Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und F.D.P. gegen die Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.  
Berichterstatler: Abgeordneter Dr. Kloße (CDU)

**3 Gesetz über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen des Landes Nordrhein-Westfalen (Sicherheitsüberprüfungsgesetz Nordrhein-Westfalen - SÜG NW)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/7943

10

Der Hauptausschuß nimmt die vom Leiter der Verfassungsschutzabteilung des Innenministeriums, Ministerialdirigent Dr. Baumann, gegebene Einführung in den Gesetzentwurf entgegen.

Vor der Einzelberatung will der Ausschuß das Votum des mitberatenden Ausschusses für Innere Verwaltung zu dem Gesetzentwurf abwarten.

**Nächste Sitzung:** Donnerstag, 8. Dezember 1994, 10.30 Uhr  
Die **Tagesordnung** wird noch bekanntgegeben (siehe Seite 12 dieses Protokolls).

\* \* \*



Hauptausschuß

24.11.1994

74. Sitzung

hz-lg

### Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung regt der **Vorsitzende** an, das Thema "**Ständehaus**" - zu dem dem Hauptausschuß eine durch die Landtagspräsidentin übermittelte Stellungnahme des Finanzministers vom 22.11.1994 zugegangen ist - nicht schon heute, sondern erst in der nächsten Sitzung zu behandeln, nachdem die mit dem Problem befaßte Arbeitsgruppe am 7. Dezember 1994 - hoffentlich mit einem Ergebnis! - beraten habe. Zwar sei nicht abzusehen, ob auch die Fraktionen bis dahin zu einer Meinungsbildung in der Angelegenheit gelangt seien; es wäre ihnen freilich nahe-zulegen, vor Weihnachten eine Entscheidung über die Verwendung des Ständehauses zu treffen. Immerhin dürfte das Resultat haushaltsrelevant sein. - Der **Hauptausschuß** ist mit der Verschiebung des Themas auf seine Sitzung am 8. Dezember 1994 einverstanden. -

#### **1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalens über das Haushaltsjahr 1995 (Haushaltsgesetz 1995)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/7500

in Verbindung damit:

#### **Ergänzung der Landesregierung**

**hier:** Änderungen und Ergänzungen des Entwurfs des Haushaltsgesetzes und des Entwurfs des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1995

Drucksache 11/7970

Eingangs stellt der **Vorsitzende** fest, die o. g. Ergänzung sei inzwischen Teil des Haushaltsentwurfs der Landesregierung geworden; die im Rahmen des Landesetats zu treffenden Entscheidungen berücksichtigten die Ergänzung mit. -

Hauptausschuß

24.11.1994

74. Sitzung

hz-lg

**Einzelplan 09 - Geschäftsbereich des Ministeriums für Bundesangelegenheiten**

Vorlage 11/3234

Der **Hauptausschuß** beschließt diesen Einzelplan unter Einbeziehung der Ergänzung in der Fassung des Entwurfs mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Vertreter der Oppositionsfraktionen. - Die **Berichterstattung** übernimmt die **Abgeordnete Fischer (SPD)**.

**Einzelplan 01 - Landtag**

Nach der Entscheidung über die Änderungsanträge der CDU (Ifd. Nr. 1), der GRÜNEN (Ifd. Nr. 2) und von SPD und GRÜNEN (Ifd. Nr. 3) - siehe Vorlage 11/3401 - beschließt der **Hauptausschuß** die von der **Abgeordneten Hieronymi (CDU)** zum Antrag erhobene Tischvorlage über eine **Ergänzung der Titelgruppe 60 - Ausgaben für Parlamentarische Untersuchungsausschüsse** - um zusätzlichen Bedarf für PUA II und PUA III bei den Titeln 422 60, 425 60, 546 60 und 684 60 einstimmig. -

Vor der Gesamtabstimmung weist der **Abgeordnete Kern (SPD)** darauf hin, daß in Titelgruppe 70 die **Zweckbestimmung des Titels 411 70** wie folgt zu ergänzen sei:

Reisekosten aus Anlaß der Mitgliedschaft/Stellvertretung im "Ausschuß der Regionen Europas", der "Versammlung der Regionen Europas" und des "Kongresses der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften Europas (CLRAE)".

Der **Ausschuß** stimmt der aufgeführten Ergänzung der Zweckbestimmung einstimmig zu.

Einzelplan 01 wird mit den Änderungen aufgrund der Ergänzungsvorlage und der eben angeführten Ergänzung einer Zweckbestimmung bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einstimmig angenommen. - Die **Berichterstattung** übernimmt die **Abgeordnete Fischer (SPD)**.

Hauptausschuß

24.11.1994

74. Sitzung

hz-lg

**Einzelplan 02 - Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei**

Vorlagen 11/3222, 11/3275, 11/3350 und 11/3352

Zuschriften 11/3520 und 11/3548

Der Hauptausschuß entscheidet anhand der Tischvorlage über die zu Einzelplan 02 gestellten Anträge lfd. Nrn. 1 bis 18 (Ergebnisse siehe Vorlage 11/3403).

Eine Aussprache ergibt sich dabei zu den folgenden Positionen.

**Zu Kap. 02 020 - Allgemeine Bewilligungen**

**Abgeordneter Hellwig (SPD)** bittet, den Antrag der GRÜNEN, einen neuen Titel mit der Zweckbestimmung "NS-Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen" mit einem Ansatz von 750 000 DM einzurichten, näher zu begründen.

Hierzu trägt die **Abgeordnete Höhn (GRÜNE)** vor, ihre Fraktion habe einen Antrag dieses Inhalts schon im Vorjahr gestellt. Seinerzeit habe Konsens darüber bestanden, auf diesem Gebiet Maßnahmen zu treffen. Bisher sei jedoch noch nichts geschehen. Die Bemessung des Ansatzes beruhe auf Gesprächen mit den Betroffenen.

Über den Inhalt des Antrags hätte im Hauptausschuß unabhängig davon vorher gesprochen werden können, meint der **Vorsitzende**, daß der Kulturausschuß hierfür zuständig sei, der über das Thema mehrfach diskutiert und den Kultusminister gebeten habe, Material dazu aufzubereiten; Einvernehmen habe es darüber gegeben, daß eine umfassende wissenschaftliche Bestandsaufnahmen der Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen vorhanden sei. Das Ergebnis der bisherigen Erörterungen im Kulturausschuß habe offenbar noch nicht ausgereicht, um über die Veranschlagung von Etatmitteln nachzudenken.

Eine Konkretisierung des Antrags der GRÜNEN würde eine Entscheidung des Ausschusses erleichtern, glaubt **Abgeordneter Dr. Klose (CDU)**. In Nordrhein-

Hauptausschuß

24.11.1994

74. Sitzung

hz-lg

Westfalen gebe es verschiedene Gedenkstätten, an denen zum Teil - wie am Gedenkstein für die ehemalige, 1938 in Brand gesetzte Düsseldorfer Synagoge - Begegnungen stattfänden. Bisher habe es also durchaus bereits Gedenkveranstaltungen gegeben. Es frage sich, was mit dem Ansatz geschehen solle. - Hierauf entgegnet die **Abgeordnete Höhn (GRÜNE)**, die Vertreter von Organisationen, die Aktivitäten bei NS-Gedenkstätten entfaltet, hielten die bisherigen Maßnahmen für nicht ausreichend. Das Thema sollte nicht nur im Kulturausschuß, sondern auch in einer der ersten Sitzungen des Jahres 1995 im Hauptausschuß grundsätzlich erörtert werden, um über konkrete Projekte nachzudenken, die allerdings ohne Haushaltsmittel nicht umsetzbar wären.

Es erscheine durchaus angebracht, hebt die **Abgeordnete Fischer (SPD)** hervor, über Aktivitäten des Parlaments in diesem Bereich zu diskutieren. Das brauche nicht aufgrund eines nicht näher spezifizierten Antrags innerhalb der Haushaltsberatungen zu geschehen.

Hierzu berichtet **Abgeordneter Hellwig (SPD)**, im Rahmen der Kunstaussstellung "Feuer und Flamme" im Gasometer Oberhausen sei eine eindrucksvolle Übersicht über die früheren NS-Straflager usw. im Ruhrgebiet gegeben worden. Gerade jungen Menschen werde die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit überzeugender vermittelt, wenn sie erführen, daß nicht nur in Auschwitz oder Buchenwald, sondern auch in unmittelbarer Nähe NS-Verbrechen begangen worden seien und entsprechende Gedenkstätten bestünden. Man müsse sich immerhin jedoch darüber im klaren sein, was mit einem solchen Titel erreicht werden solle. Der Kulturausschuß möge zusammen mit dem Kultusminister auflisten, welche Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen vorhanden seien und welche von ihnen aus der Sicht des Landes gefördert werden sollten.

Das Thema beschäftige den Landtag schon seit langem und recht eingehend, betont die **Abgeordnete Höhn (GRÜNE)**. Wenn abgeklärt sei, daß das Thema Anfang des kommenden Jahres zusammen mit dem Kulturausschuß erörtert werden, ziehe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihren Antrag zurück. - Der **Vorsitzende** sagt zu, er werde sich mit Kultusminister Schwier und der Vorsitzenden des Kulturausschusses in der Angelegenheit in Verbindung setzen, damit eine entsprechende Vorlage vorbereitet werden kann. - Der **Ausschuß** nimmt zur Kenntnis, daß der **Antrag zurückgezogen** wird. -

Hauptausschuß

24.11.1994

74. Sitzung

hz-lg

Zu dem Antrag der GRÜNEN, den **Titel 534 71** (Durchführung von Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit) um 4 Millionen auf 4,55 Millionen DM aufzustocken, erklärt **Abgeordneter Giltjes (CDU)**, seine Fraktion trage diesen Antrag mit, weil er zu der im Unterausschuß "Europa" angestrebten Schwerpunktbildung unter dem Aspekt der Armutsbekämpfung zur Verhinderung von Migrationsbewegungen beitrage. Darüber, ob der hier zweifellos vorhandene positive Ansatz mit der genannten Summe realisiert werden könne, müsse noch gesprochen werden. Jedenfalls gelte es, von dem bisherigen Gießkannen-Prinzip abzukommen.

Ihrer Fraktion gehe es darum, ein Konzept zur Förderung möglichst vieler Einzelmaßnahmen zu entwickeln, hebt die **Abgeordnete Höhn (GRÜNE)** hervor. Mit 4 Millionen DM sollten vier Gruppen in Deutschland und in den entsprechenden Entwicklungsländern gefördert werden. Es gelte, mit den Projekten Wirkungen bei der Öffentlichkeitsarbeit zu erzielen, um Schwerpunkte bei der Bewußtseinsbildung der Bevölkerung zu schaffen. In einem ersten Jahr könnten kaum höhere Summen eingesetzt werden; eine Steigerung wäre nur langfristig durchführbar.

Leider sei über diesen Antrag weder im Unterausschuß noch im Hauptausschuß beraten worden, betont die **Abgeordnete Fischer (SPD)**. Die Diskussion zwischen CDU und GRÜNEN beweise, daß bei beiden an eine völlig unterschiedliche Verwendung der Mittel gedacht werde. Deswegen werde die SPD-Fraktion den Anträgen Nrn. 6 und 7 der Tischvorlage nicht zustimmen.

**Abgeordneter Giltjes (CDU)** stellt fest, CDU und GRÜNE seien sich in der Zielrichtung einig, verträten hinsichtlich der Mittelverwendung allerdings völlig unterschiedliche Auffassungen. - Die **Abgeordnete Höhn (GRÜNE)** hebt hervor, im Unterausschuß "Europa" sei der Antrag durchaus Gegenstand der Erörterung gewesen.

Der **Hauptausschuß** lehnt den Antrag Nr. 6 mit den Stimmen von SPD und F.D.P. gegen CDU und GRÜNE mehrheitlich ab.-

Zum GRÜNEN-Antrag auf **Erhöhung des Ansatzes bei Titel 684 71** (Zuschüsse zur entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit) um 1 950 000 DM trägt die **Abgeordnete Höhn (GRÜNE)** vor, dieser Antrag gehe auf die Anhörung im Unter-

Hauptausschuß

24.11.1994

74. Sitzung

hz-lg

ausschuß "Europa" zur Entwicklungspolitik im September 1994 zurück. Dazu habe die LAG "Dritte Welt" gebeten, den Haushaltstitel um 350 000 DM anzuheben; 20 Mitarbeiter sollten zusätzlich eingestellt werden, um die Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern. Ihre Fraktion halte diese Forderung für sinnvoll. - Ergänzend bemerkt **Abgeordneter Giltjes (CDU)**, in der Augustsitzung des Unterausschusses habe man sich darauf verständigt, eine generelle Auswertung des entwicklungspolitischen Hearings durchzuführen. Für haushaltsmäßige Konsequenzen sei es gegenwärtig jedoch noch zu früh; die CDU-Fraktion werde den Antrag deshalb ablehnen.

Der **Ausschuß** spricht sich mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. gegen die Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen eine Erhöhung des Ansatzes bei Tit. 684 71 aus. -

Zu dem Antrag der SPD-Fraktion, den Ansatz von 50 000 DM bei **Tit. 429 73** - Nicht aufteilbare Personalausgaben - zu streichen, möchte die **Abgeordnete Hieronymi (CDU)** von den Vertretern der Landesregierung wissen, inwieweit die Ansätze für Senioren-Experten für Hilfen in den neuen Bundesländern benötigt würden. - Darauf antwortet **Ministerialrat Kerkhof (Staatskanzlei)**, der Ansatz bei Titel 429 73 werde im nächsten Jahr nicht mehr benötigt. Der Ansatz bei Titel 653 73 - Antrag lfd. Nr. 10 der Tischvorlage - werde lediglich noch für die Abwicklung auslaufender Projekte in Anspruch genommen. Dafür reichten 300 000 DM völlig aus.

Die beiden **Anträge** werden vom Hauptausschuß jeweils gegen die Stimmen der F.D.P. angenommen. -

Im Antrag lfd. Nr. 15 der Tischvorlage begehre die CDU-Fraktion, den **Ansatz bei Kapitel 02 050** - Landeszentrale für politische Bildung - um 950 000 DM zu erhöhen, teilt der **Vorsitzende** mit.

Dazu bemerkt die **Abgeordnete Hieronymi (CDU)**, im Ergänzungshaushalt seien hierfür nachträglich weitere 105 000 DM eingesetzt worden. Um diesen Betrag sei der CDU-Antrag zu kürzen, der die Wiederherstellung des bisherigen Standes wünsche. Dadurch reduziere sich die Ansatzerhöhung auf 885 000 DM.

Hauptausschuß

24.11.1994

74. Sitzung

hz-1g

Der Antrag korrespondiere mit einer Verringerung des Ansatzes bei der Filmstiftung, äußert **Abgeordneter Hellwig (SPD)**. Bedauerlicherweise habe die für diesen Bereich eingesetzte Arbeitsgruppe kein Konzept dafür erstellt.

Die CDU-Fraktion halte die jetzige Struktur der Finanzierung der politischen Bildung sowie der übrigen Weiterbildung nicht für vertretbar: im Verhältnis zu den tatsächlichen Kosten, erklärt die **Abgeordnete Hieronymi (CDU)**. In Anbetracht der Haushaltslage bedeute der **CDU-Antrag** das mindeste, was auf diesem Gebiet zu geschehen habe. - Der **Antrag der GRÜNEN** hierzu gehe dahin, berichtet die **Abgeordnete Höhn (GRÜNE)**, die sonstigen Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit um den gestrichenen Ansatz sowie um den Teil zu erhöhen, der erforderlich sei, um Tariferhöhungen für die Beschäftigten zu bewirken. Die sonstigen Zuschüsse für politische Bildungsarbeit sollten einmal um den gestrichenen Ansatz und zum anderen um den Teil erhöht werden, der erforderlich sei, um die Tariferhöhungen für die Beschäftigten zu erreichen. Hier handle es sich um 320 000 DM sowie um zu kürzende 480 000 DM. Ferner sollten die Kürzungen bei den Zuschüssen zur Verbreitung der Förderung des Friedensgedankens zurückgenommen werden. Kein Antrag sei zur Bezuschussung der politischen Stiftungen gestellt worden.

Den CDU-Antrag versteht der **Vorsitzende** in dem Sinne, daß die Beträge den Minderungen an den beiden reduzierten Positionen zugeordnet werden sollten. - Zu Abgeordneten Hellwig bemerkt der **Vorsitzende**, die vom Ausschuß eingesetzte Arbeitsgruppe habe mit bekanntem Ergebnis getagt.

Der Antrag Nummer 15 der Tischvorlage auf Ansatzserhöhung um 885 000 DM wird mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt, desgleichen der Antrag Nummer 16, und zwar bei Enthaltung der CDU gegen die Stimmen der GRÜNEN und der F.D.P. -

Zu dem Antrag der CDU-Fraktion lfd. Nr. 18 der Tischvorlage- **Minderung bei Kapitel 02 060 (Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen)** um 905 000 DM - bemerkt die **Abgeordnete Hieronymi (CDU)**, in Anbetracht der Haushaltslage könnten die Kosten wegen der finanziellen Verhältnisse nicht gesondert ausgewiesen werden. - Der CDU-Antrag wird mehrheitlich durch SPD und F.D.P. abgelehnt. - **Abgeordneter Dr. Rohde (F.D.P.)** merkt an, seine Fraktion stimme dem letzten

Hauptausschuß

24.11.1994

74. Sitzung

hz-lg

Satz der Begründung des Antrags Nummer 18 - Überprüfung der Zielsetzung des Wissenschaftszentrums - ausdrücklich zu. -

In einer **Gesamtabstimmung** billigt der **Hauptausschuß** den Einzelplan 02 unter Einbeziehung der Ergänzungsvorlage der Landesregierung und der eben beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Vertreter der Oppositionsfraktionen. - Die **Berichterstattung** übernimmt die Abgeordnete Hieronymi (CDU). Von Anmerkungen zum Haushaltsgesetz sieht der **Ausschuß** ab. - Damit ist die Beratung des Haushalts 1995 - Einzelpläne 1, 2 und 9 - im Hauptausschuß abgeschlossen.

## 2      **Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage (Feiertagsgesetz NW)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/7826

Zu dem dem Hauptausschuß vom Plenum überwiesenen Gesetzentwurf trägt **Abgeordneter Dr. Klose (CDU)** vor, die grundsätzlichen Standpunkte seien in der ersten Lesung dargelegt worden. Eine Reihe von Äußerungen aus kirchlichen und politischen Kreisen in letzter Zeit deute darauf hin, daß die Abschaffung eines Feiertages zur Finanzierung der Pflegeversicherung neu überdacht werden müsse. Dr. Klose betont, seiner Fraktion erscheine der eingeschlagene Weg nicht als der richtige. Bei Abwägung aller Aspekte jedoch genieße die Einführung der Pflegeversicherung einen derartigen Vorrang, daß andere Argumente dahinter zurückzustehen hätten. - Außerdem sehe das nordrhein-westfälische Feiertagsgesetz in seinem § 8 bereits jetzt die Möglichkeit vor, dem Buß- und Betttag als kirchlichen Feiertag mit gewissen Schutzregelungen beizubehalten. Dies mache die Zustimmung zu dem vorliegenden Gesetzentwurf leichter. Die Evangelische Landeskirche in Nordrhein-Westfalen könnte den Buß- und Betttag auch weiterhin als Feiertag begehen. Die CDU-Fraktion werde dem Gesetzentwurf zustimmen. Eine Inanspruchnahme weiterer Feiertage für die Finanzierung sozialpolitischer Aufgaben gleich welcher Art, komme jedoch nicht in Betracht; die CDU würde einem solchen Ansinnen auch in Zukunft nachdrücklich entgegentreten.